

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948**

174 (7.12.1948)

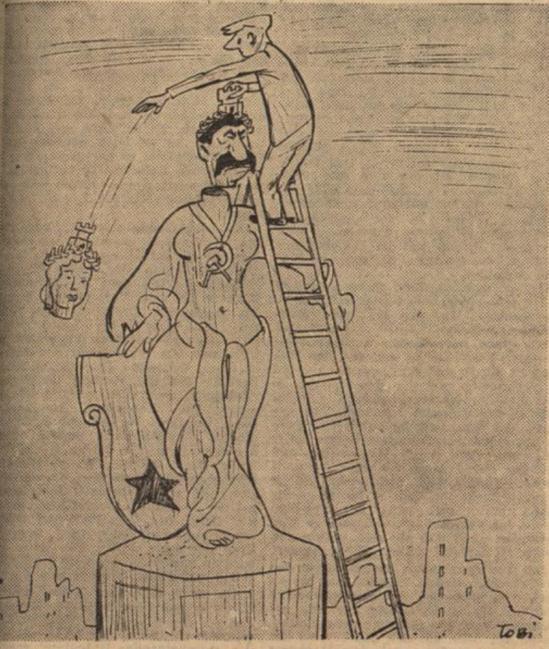
Druck u. Verl.: Badendruck GmbH, Karlsruhe, Lammstr. 1 b-5. Tel. 4051-53. Ausg.: Karlsruhe, Khe-Land, Pforzheim (Ebersteinstr. 18), Bruchsal (Friedrichstr. 28), Rastatt (Hansjakobstr. 2)

Einzelnummer 20 Pfg. Monatl. Bezugspreis DM 3.40, Postbezug DM 3.50 zuzügl. Zustellgebühr. Anzeigenpr.: Die 10gesp. Zelle Karlsru./Bruchsal DM 2.-, Pforzheim DM 1.-, Rastatt DM -.40



# NEUESTE NACHRICHTEN

## Kopi- um Kopftausch



Wenn es nach den Herren des Politbüro in Moskau ginge, würde die Berlin, Berlins Wahrzeichen, bald so aussehen.

## „Verzicht auf Krieg und Gewalt“

Der Entwurf des nordatlantischen Militärpaktes fertiggestellt

Washington, 6. Dez. (AP) In der britischen Botschaft in Washington traf am Freitag der von den fünf Mächten der Westeuropäer-Union ausgearbeitete Entwurf für den Nordatlantischen Militärpakt ein. Der Vorschlag soll als Grundlage für die geplanten Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten und Kanada dienen. Die Ankunft des Dokumentes bahnt den Weg für einen baldigen Beginn der Verhandlungen mit dem State-Department. Nach Mitteilung diplomatischer Gewährsleute wird der nächste Schritt in einer Zusammenkunft der führenden Beamten der Botschaften der fünf Länder in Washington bestehen. Der Paktentwurf soll laut Reuter folgende Punkte enthalten:

1. Die Unterzeichnermächte verzichten auf den Krieg als ein politisches Mittel und auf Anwendung von Gewalt außer nach den Bestimmungen der UN-Charta.
2. Die Autorität des Sicherheitsrates soll gewährleistet werden. Die Unterzeichnermächte sollen Maßnahmen zur Vorbereitung einer kollektiven Selbstverteidigung treffen, bis der Sicherheitsrat in Übereinstimmung mit der UN-Charta in dieser Frage eine Entscheidung fällt.
3. Ein Angriff auf eine der Unterzeichnermächte soll als ein Angriff auf alle anderen Vertragspartner einschließlich der USA betrachtet werden.
4. Jede Unterzeichnermacht soll das Recht erhalten, selbst zu entscheiden, ob sie sich im gegebenen Falle um einen Überfall oder einen Angriffskrieg nach den Bestimmungen des Paktes handelt und soll selbst über Sofortmaßnahmen entscheiden, die sie in Erfüllung der ihr in diesem Pakt auferlegten Verpflichtungen trifft.
5. Den Unterzeichnermächten sollen trotz der Kollektiv-Beschlüsse eines von den Mitgliedstaaten zu bildenden Konsultationsausschusses keine bindenden Verpflichtungen auferlegt werden, bewaffnete Streitkräfte ohne seine Einwilligung einzusetzen.
6. Der Pakt sieht die Bildung eines ständigen Konsultativrates von Vertretern der Unterzeichnermächte vor. Im Falle eines Angriffes auf eine der Unterzeichnermächte soll der Rat unverzüglich zusammentreten, um über Kollektivmaßnahmen zu entscheiden.

## „Die größte moralische Niederlage der Sowjetunion“

Berlin, 6. Dez. (Dena/UP) Das amtliche Gesamtergebnis der Berliner Gemeindevahlen liegt nunmehr vor. Danach haben von 1 580 575 Wahlberechtigten 1 360 972 ihre Stimme abgegeben. In Prozentzahlen ausgedrückt heißt das eine Wahlbeteiligung von 86,2%. Davon entfallen auf die SPD 858 100 oder 64,5% (1946: 51,8%), auf die CDU 258 496 oder 19,4% (1946: 23,6%) und auf die LDP 214 224 oder 16,1% (1946: 9,9%). Der Rest verteilt sich auf Splitterparteien.

### Für Freiheit und Demokratie

Der 1. Vorsitzende der Berliner SPD, Franz Neumann, erklärte am Sonntagabend, die Berliner Bevölkerung habe sich eindeutig für Freiheit und Demokratie entschieden. Die Welt könne nun sehen, daß die Berliner nichts mit dem Kommunismus gemein haben wollen.

„Ich kann nur sagen, mit einer Wahlbeteiligung von 85% hat sich Berlin selbst übertrifft“, sagte Jakob Kaiser (CDU) am Sonntagabend. Wir rechnen trotz aller Not und allem Terror mit einer starken Wahlbeteiligung, aber auch der Zuversichtlichste ist überrascht über die Überzahl der Berliner. Berlin hat die Freiheit gewählt und damit den Zwang der SED gebrochen. Wer das glaubt, überschne zu können, misachtet den Willen des Volkes.

Die amtierende Oberbürgermeisterin, Frau Louise Schröder, erklärte in einem Interview über RIAS, „Ich kann ohne weiteres sagen, daß dieser Abend einer der größten ist, die ich erleben konnte in dieser schweren Zeit. Einmal bin ich unendlich glücklich, daß der Wahltag so gut vorübergegangen ist, keine Menschen zu Schaden gekommen sind und daß daneben aber auch ein so gewaltiger Erfolg erzielt werden konnte. So können wir Berliner unseren westdeutschen Freunden und überhaupt der Welt sagen, daß wir heute eine Wahlschlacht geschlagen haben für Freiheit und Demokratie, wie sie wohl niemand hier erwartet hat und wie sie auch selten dagewesen ist.“

### Herbert, kurz nach Mitternacht zu den Berliner Wahlen. Trotz des, wie er sagte, endlosen Geschreies der sowjetischen Presse, daß der Magistrat das Vertrauen der Bevölkerung verloren habe und trotz des lächerlichen Plumes des „Opern-Magistrats aus eigener Machtvollkommenheit“, habe die eigenartige Mischung von Verdrehungen und Drohungen keine Wirkung gehabt.

Der Direktor der amerikanischen Militärregierung in Berlin, Oberst Frank Howley, sagte am Sonntagabend, die ausgezeichnete Beteiligung an den Wahlen in den Berliner Westsektoren, wie sie aus den nunmehr vorliegenden inoffiziellen Ergebnissen zu erkennen sei, zeige, daß alle Berliner, denen das Recht der freien Stimmabgabe zustand, ihre nachdrückliche Verurteilung der sowjetischen Herrschaft zum Ausdruck brachten.

Die Wahlbeteiligung sei ein überwältigendes Vertrauensvotum für die legale Stadtverwaltung, die die Kommunisten mit Gewalt und Propaganda in Miskredit bringen wollten. Sie beweist, daß die Bevölkerung von Berlin der Chance wert war, die die Westmächte ihnen geboten haben, um über ihr Schicksal in demokratischer Weise entscheiden zu können.

Der 1. Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, erklärte in einer Mitteilung des SPD-Präsidiums zufolge am Montag zu den Berliner Wahlen: „Der Erfolg des Berliner Freiheitskampfes kommt nicht unvermerkt. Die hohe Wahlbeteiligung ist für eine um ihre persönliche, menschliche und nationale Freiheit ringende Bevölkerung kein Wunder.“

### Willkür errungen wurde, ist für uns im übrigen Deutschland ein erneuter Beweis für die aufrechte demokratische Gesinnung der gesamten Berliner Bevölkerung.

Über alle Zensuren hinweg sind sich die Demokraten Deutschlands einig: Sie wollen den Frieden, sie wollen das Recht. Die Stadt Frankfurt beglückwünscht Berlin zu dem großen Beitrag, den es für die Sache der Menschlichkeit und für die Einheit eines demokratischen Deutschlands geleistet hat.

Aus Anlaß der Berliner Wahlen sandte der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, der amtierende Oberbürgermeisterin, Frau Louise Schröder, und Jakob Kaiser (CDU) am Montag Glückwunschtelegramme.

In dem Telegramm an Frau Schröder betont Arnold, daß „das machtvolle Bekenntnis“, das die Berliner Bevölkerung am Sonntag für die Einheit Deutschlands, für die Freiheit der Person und für die Demokratie abgegeben hat, im In- und Ausland die stärkste Beachtung finden wird. Mit diesen Wahlen haben die Berliner im Namen des ganzen deutschen Volkes die Sehnsucht nach einem baldigen und gerechten Frieden erneut bekundet. Haltung und Wille dieser schwergeprüften Stadt sind Achtung gebietend und überzeugend. Das Ergebnis der Berliner Wahlen könne nicht auf parteipolitischer Ebene gewertet werden, heißt es in dem Telegramm an Kaiser.

### Stimmen auf sich vereinigen konnte, schreibt am Montag zu dem großen Erfolg: „Berlin sagte gestern ein deutliches Ja zur Freiheit und zur Demokratie und bekundete damit, daß es keine Gefahr fürchtet und bereit ist, das Äußere zur Verteidigung der Voraussetzungen eines Lebens, das lebenswert ist, zu wagen. Berlin wagt ein deutliches Nein zur Blockade, zu den Einschüchterungsversuchen und dem Terror der Kommunisten.“

„Berlin ist zum Fanal der Freiheit geworden.“ Die Entscheidung ist gefallen und an diesem 5. Dezember war es eine Entscheidung, bei der es nicht nur um den guten Ruf dieser Stadt ging, sondern für viele ihrer Bewohner um Leben und Gesundheit ging. Mit diesen Worten kommentiert der „Tagesspiegel“ das Berliner Wahlergebnis.

Die Reaktion des Auslands

Moskau. Radio Moskau griff am Sonntagabend laut Reuter die „ungesetzten separaten Wahlen“ in der Berliner Westsektoren an und behauptete „die gesamte Kampagne wurde in einem Geiste unverschämter antisowjetischer Propaganda geführt.“

Washington. In der amerikanischen Hauptstadt wird die große Wahlbeteiligung bei den Berliner Wahlen als ein Sieg für den Westen im „kalten Krieg“ mit der Sowjetunion angesehen. Amerikaner weisen auf die Tatsache hin, daß die Wahlbeteiligung um 30 Prozent höher als bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen im vergangenen Monat. Die amerikanischen Zeitungen bringen die Meldungen von den Berliner Wahlen in großen Schlagzeilen. Die New York Times schreibt in einem Leitartikel: „Eine dramatische Demonstration der Bedeutung und des Wirkens wahrer Demokratie rollte gestern 130 Kilometer hinter dem eisernen Vorhang ab.“ Von 10 Berlinern wählten, erklärte die New York Herald Tribune, weil wählen der einzige Weg war, um sich gegen den kommunistischen Koloß auszusprechen.“ Das Wahlergebnis, meint die Zeitung, war „vielleicht die größte, moralische Niederlage“, die die Sowjetunion jemals erlitten hat.

Paris. Die antikommunistische Pariser Presse begrüßte am Montag die Ergebnisse der Berliner Wahlen als einen deutlichen Rückschlag für die sowjetischen Versuche, die ehemalige Reichshauptstadt zu beherrschen. „Der 5. Dezember“ schreibt die rechtgerichtete „L'Espresso“, hat klar gezeigt, daß der sowjetische Einfluß stark im Abnehmen ist. Dies wird zweifellos auch an anderen Stellen Rückwirkungen haben.“ Auch der sozialistische „Populaire“ ist der Ansicht, daß die „Kommunisten trotz letzter verzweifelter Manöver und intensiver Propaganda eine Niederlage erlitten haben.“

### Anschließend sagte Prof. Ernst Reuter, das Ergebnis des Wahlkampfes sei eine Bestätigung all unserer Hoffnungen und all unserer Erwartungen. Wir haben für Deutschland und die ganze Welt einen großen Erfolg errungen.“

### Die Berliner haben gewählt und ohne Zweifel bewiesen, daß sie den Kommunismus ablehnen, erklärte der Kommandant des britischen Sektors, General E. O.

### Glückwunschtelegramme

Der Frankfurter Oberbürgermeister Dr. Walter Kolb und der Stadtverordneten-vorsteher Hermann Schaub haben in der Nacht zum Montag nach dem Vorliegen der 1. Berliner Wahlergebnisse an den Magistrat und an die Stadtverordnetenversammlung von Berlin folgendes Telegramm gerichtet: „Die Stadt Frankfurt begrüßt heute mit großer Freude das demokratische Berlin. Der Sieg, der unter Führung von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung gestern in Berlin zur Freiheit und Recht gegen Befehl und

### Die Berliner Presse schreibt

Die westlich lizenzierte Montag-Morgenblätter Berlins berichten in großer Aufmachung über den Wahlausgang „Gegen die Diktatur“. „Der Berliner Kommunismus zerlegt“, „Berlin für Freiheit und Demokratie“, und ähnlich lauten die Überschriften. Der britisch lizenzierte sozialdemokratische „Telegraf“ schreibt: Die Berliner wählen nicht nur das Wahlergebnis von 1946 bestätigt, sondern noch ein stärkeres Vertrauensvotum für die SPD ausgesprochen. Der Kampf werde dieses Wahlergebnis zur Kenntnis nehmen müssen. Die Entscheidung werde sicherlich in der ganzen Welt verstanden werden.

Der „Sozialdemokrat“, das Organ der Partei, die bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen mehr als 90 Prozent aller

## Der Beamte im demokratischen Staat

### Frankfurt, 6. Dez. (Dena) Die beiden Vorsitzenden des Zweimächte-Kontrollamtes, Adcock und Mc. Ready, haben an den Präsidenten des Wirtschaftsrates, Dr. Köhler, an den Vorsitzenden des Verwaltungsrates, Dr. Pünder, und an den Vorsitzenden des Landesrates je ein Schreiben gerichtet, in dem sie ihre Ansichten über die Grundsätze der Auswahl, die Bedingungen für den Dienst, die Pflichten und die politische Tätigkeit von Beamten darlegen.

### Grundsätze für die Auswahl

a) Jeder Bürger, der den demokratischen Grundsätzen redlich dient, soll Zugang zu einem öffentlichen Amt haben.

b) Anstellung und Beförderung innerhalb des öffentlichen Dienstes sollen lediglich auf der Grundlage der jeweiligen Fähigkeiten jedes einzelnen beruhen, um den Anforderungen der betreffenden Stellung gerecht zu werden, und dürfen nicht durch Glaubens-, sozialer Herkunft, Rasse, Geschlecht oder politische Einstellung beeinträchtigt werden.

c) Soweit akademische Voraussetzungen für höhere Stellen des öffentlichen Dienstes erforderlich sind, sollte die Bedeutung der Wirtschaftswissenschaften, sowie der Volkswirtschaft und verwandten Wissenschaften für einen modernen Staat erkannt werden. Ein juristisches Examen ist nur eines der Gebiete, unter denen ein Kandidat seine Wahl treffen soll.

d) Es soll kein Monopol für Berufsbeamte, die in jungen Jahren in den öffentlichen Dienst eintreten, bestehen. Innerhalb vernünftiger Grenzen sollte der öffentliche Dienst in allen Stufen dem Eintritt neuer Bewerber offenstehen, sofern eine Stellung nicht zweckentsprechend durch Beförderung besetzt werden kann.

### Politische Tätigkeit

i) Die politische Betätigung des Verwaltungsangehörigen sollte einschränkt sein und sollte ihn nicht dem Volke als aktiven Anwalt der Interessen einer bestimmten Partei oder eines bestimmten politischen Programmes repräsentieren. Um Gesetzgebung, Verwaltungsvorbereitung und -ausführung zu halten, muß ein Verwaltungsangehöriger, der für eine gesetzgebende Körperschaft gewählt worden ist, seine Stellung aufgeben, bevor er ein solches Amt annimmt.

ii) Ein Personalamt, welches allen öffentlichen Verwaltungen unparteiisch die Kontrolle und Sicherung der einheitlichen Anwendung der oben angeführten Grundsätze notwendig.

iii) Die Einführung dieser Prinzipien des öffentlichen Dienstes in die wirkliche Praxis muß unbedingt ein bestimmtes und fortwährendes Verfahren sein, da einige von diesen auf den Widerstand derer stoßen werden, die nach dem alten System ausgebildet worden sind. Wenn diese Erhebungen in der Praxis wirksam werden sollen, müssen sie in jeder Hinsicht unterstützt werden. Diese Grundsätze sollten daher so ausdrücklich wie möglich in der Gesetzgebung niedergelegt werden.

### Verwaltung

iv) Ein Personalamt, welches allen öffentlichen Verwaltungen unparteiisch die Kontrolle und Sicherung der einheitlichen Anwendung der oben angeführten Grundsätze notwendig.

v) Die Einführung dieser Prinzipien des öffentlichen Dienstes in die wirkliche Praxis muß unbedingt ein bestimmtes und fortwährendes Verfahren sein, da einige von diesen auf den Widerstand derer stoßen werden, die nach dem alten System ausgebildet worden sind. Wenn diese Erhebungen in der Praxis wirksam werden sollen, müssen sie in jeder Hinsicht unterstützt werden. Diese Grundsätze sollten daher so ausdrücklich wie möglich in der Gesetzgebung niedergelegt werden.

## Kriegsgefangenen-Rückkehr zu Weihnachten erbeten

München, 6. Dez. (CND) Weibsbischof Dr. Neuhäuser hat dem Erzbischof von Paris, Kardinal Suhard, seinen Dank übermitteln, daß der Kardinal sein Schreiben, in welchem er auf die gefährlichen Folgen der Anordnung der Todesstrafe für junge Leute von 13 bis 18 Jahren wegen Vergehens gegen die Besatzungsarmee seitens der französischen Militärregierung aufmerksam machte, befürwortend an den französischen Außenminister weitergeleitet hat.

Darüber hinaus bittet Dr. Neuhäuser den Kardinal, im Hinblick auf das bevorstehende Weihnachtsfest auf eine beschleunigte Freilassung der noch in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen hinzuwirken und weist darauf hin, wieviel Freude es in vielen deutschen Familien auslösen würde, wenn die kriegsgefangenen Väter und Söhne statt zum geplanten Termin vom 31. Dezember bereits zu Weihnachten entlassen werden könnten. Ferner setzt sich Dr. Neuhäuser für die baldige Entlassung der kriegsgefangenen Angehörigen der sogenannten „gesperrten Einheiten“ (SS-Verbände, Polizei usw.) ein, soweit nicht besondere Vergehen vorliegen, die noch gerichtlich geklärt bzw. gesühnt werden müssen. Schließlich bittet der Weibsbischof um die Gewährung eines Weihnachtsurlaubs für die als freiwillige Arbeiter in Frankreich befindlichen früheren Kriegsgefangenen.

## Bald Evakuierung Nankings

Nanking, 6. Dez. (Dena-Reuter) Die chinesische Regierung beabsichtigt bis zum 10. Dezember mehr als 100 000 Angehörige von Regierungsangestellten auf dem Luft-, Wasser- und Landweg aus Nanking nach dem Süden zu evakuieren.

Die kommunistische Bedrohung Nankings veranlaßte in der Zwischenzeit Hunderte von jungen Paaren zu Ehescheidungen. So fanden am Sonntag über hundert Trauungen in der chinesischen Hauptstadt statt. Chinesische Regierungskreise meldeten am Sonntag die Rückeroberung des 30 Kilometer nördlich von Peking gelegenen wichtigen Eisenbahnknotenpunktes Kutscheng. Die Kommunisten in diesem Gebiet, das etwa in der Mitte zwischen Suetschau und Nanking liegt, ziehen sich dem Bericht zufolge nach Nordwesten zurück. Die Streitkräfte der kommunistischen Generale Tschen Yi und Liu Po-cheng sollen bei ihrem Rückzug schwere Verluste erlitten haben. Einer Meldung zufolge sollen bei ihrem Rückzug schwere Verluste erlitten haben. Einer Meldung zufolge sollen bei ihrem Rückzug schwere Verluste erlitten haben. Einer Meldung zufolge sollen bei ihrem Rückzug schwere Verluste erlitten haben.

## Gefangenennidhandlung in Diez

Rastatt, 6. Dez. (K.-Ztg. Ber.) Im Diezprozeß, der in Rastatt seit zehn Tagen verhandelt wird, besetzte heute das Gericht die Vernehmung der Belastungszeugen. Im Verlauf der letzten Wochen stellte sich heraus, daß Hauptverantwortlich für die Zustände in Diez der ehem. Gefängnisdirektor, Ernst Gamarat, war, der nicht nur Mißhandlungen duldete, sondern durch seine harten Disziplinarstrafen diese direkt unterstützte. Nicht minder belastet erschien der Gefängnisarzt, Wilhelm Schäff. Ihm konnte wiederholte Nachfragen werden, daß er die Behandlung der Gefangenen übergibt und deren wiederholte Beschwerden nicht anerkannte. Am stärksten belastet wurde jedoch der ehemalige Hauptwachmeister Heinrich Feller, der in Diez das Krankenrevier innehatte.

## Im Telegrammstil

San Francisco. Die Dockarbeiter in den Häfen der amerikanischen Westküste haben nach drei Monaten Streik ihre Arbeit am Montag wieder aufgenommen. (Dena-Reuter)

Wien. Wiener Studenten sammeln gegenwärtig Kerzen und Wachs für ihre Besonderen Kommiliten die wegen Streikunterstützung ohne Licht in ihre Unterkünfte sind. (Dena-Reuter)

Vatikanstadt. Auch in diesem Jahre wird Paps Pius XII. eine Weihnachtsbotschaft an die Welt richten, die am 24. Dezember, 11 Uhr, über Radio Vatikan übertragen wird. Im Anschluß an die Ansprache des hl. Vaters werden sofort die Übersetzungen in die verschiedenen Sprachen erfolgen. (CND)

München. Gegen den ehemaligen bayerischen Sonderminister Alfred Lortz wurde am Montag vom Staatsanwalt eine Strafe von 1 1/2 Jahren Gefängnis beantragt. (Dena) Stuttgart. Vor dem 6. amerikanischen Distriktsgericht begann hier am Montag die Verhandlung gegen die 4 im Zusammenhang mit dem Stuttgarter Unruhen vom 28. Oktober festgenommenen Personen. Alle 4 Angeklagte, denen die Anklageverteilung auf Betrug zum Aufbruch und Aufrechterung

## Widerstand gegen die Staatsgewalt vorwirft, erklärten sich für „nichtschuldig“.

Unter Anklage stehen: Heinz Mokros, Eugen Betzner, Alexander Rausing und Heinz Turek. (Dena)

Frankfurt. Die letzten Rückführtransporte deutscher Flüchtlinge aus Dänemark werden Anfang Dezember in den deutschen Auffanglagern eintreffen. Nach diesem Zeitpunkt werden sich keine deutschen Flüchtlinge mehr in Dänemark befinden. — Der Direktor der VEF, Dr. Hans Schlang-Schöningen, ist am Montag auf Einladung des britischen Außenministeriums zu einem einwöchigen Besuch nach Großbritannien abgereist. Schlang-Schöningen wird dem britischen Deutschland-Minister Henderson, Landwirtschaftsminister Williams und Ernährungsminister Strachey Besprechungen über deutsche Ernährungsfragen führen. (CND-Dena)

Kiel. In den Südtien Kiel, Flensburg, Rendsburg, Schleswig und Eckernförde werden, wie von Gewerkschaftsseite am Montag in Kiel bekanntgegeben wurde, am Dienstag um 14 Uhr stumm Protestmärsche anlässlich der nunmehr endgültig beschlossenen Sprengung der Torpedoversuchsanstalt in Sreudorf stattfinden. (Dena)

## UN-Arbeit in Stichworten

UN-Wirtschaftsausschuss: Dem UN-Wirtschaftsausschussrat für Asien und dem Fernen Osten wurde am Dienstag ein Fünfjahresplan für den Wiederaufbau Asiens mit einem Kostenvoranschlag von 13,6 Milliarden US-Dollar vorgelegt. Der entworfene Plan ist das Gegenstück zum europäischen Wiederaufbauprogramm. Der Leiter der sowjetischen Delegation, Novikov, gab bekannt, daß die Sowjetunion diesen Plan nicht unterstützen werde.

Politischer Ausschuss: Die Debatten über die verschiedenen Resolutionen zur Palästinafrage wurden fortgesetzt. Nennenswerte Fortschritte konnten keine erzielt werden. Der amtierende UN-Vermittler, Dr. Bunche, trat in Amman mit König Abdullah und dem Premierminister von Transjordanien zusammen. Am Montag wurde beschlossen, als nächsten Punkt die Korea-Frage zu erörtern.

Unesco: Der Staat Israel hat seinen Antrag auf Zulassung wieder zurückgezogen. Vollversammlung: In der gegenwärtigen Sitzungsperiode soll die Zukunft der ehemals italienischen Kolonien nicht mehr erörtert werden. Es wird beraten, ob die Vollversammlung diese Frage im Januar in New York erörtern wird. Ab 12. Dezember wird sich die Versammlung versammeln.

### Sonderauschuss: Die vier Großmächte haben eine Einschränkung des Vetorechtes vorgeschlagen. Die Lähmung des Sicherheitsrates ist nach Ansicht der Westdelegierten besonders auf den Mißbrauch der einstimmigen Besetzung zurückzuführen. Der sowjetische Delegierte, Andrej Wyshinski, bezeichnete die Vorschläge der Westmächte zur Einschränkung der Vetoanwendung als eine „Verschwörung gegen die UN-Charta“.

Kinderhilfswerk: Das Internationale Kinderhilfswerk nimmt seine Arbeit in den vier Zonen Deutschlands auf. Zum Chef der Mission wurde der Schweizer Ernst W. Meyer ernannt. (Nach AP und Dena)

Lenkungs-ausschuss: Der Ausschuss schloß laut AFP am Samstag mit acht gegen vier Stimmen, der Versammlung als Termin für die Beendigung der diesjährigen Arbeiten die Nacht vom 11. zum 12. Dezember zu empfehlen. (Nach Dena, AP)

### Das protestantische Einigungswerk

Frankfurt, 6. Dez. (epd) Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat, wie der Evangelische Pressedienst erfährt, auf seiner Tagung in Frankfurt am Main die als „Grundordnung“ bezeichnete Verfassung der EKD verknüpft. Durch diesen Beschluß des obersten kirchlichen Organs ist die Verfassung am 3. Dezember in Kraft getreten. Damit hat die Evangelische Kirche in Deutschland, die sich bisher auf eine vorläufige Ordnung gründete, ihre endgültige Rechtsform erhalten. Durch den föderativen Zusammenschluß aller deutschen Landeskirchen ist das unmittelbar nach dem Zusammenbruch in Treysa 1945 begonnene, insbesondere durch den jetzt achtzigjährigen Landesbischof D. Wurm geförderte Einigungswerk des deutschen Protestantismus zum Abschluß gekommen.

## Kurz beleuchtet

Das Wahlplakat der Berliner SPD zeigte den Bären, der den Berlinern zurief: „Berlin bleibt helle und wählt SPD“. Sie haben sich zu 64% aller abgegebenen Stimmen daran gehalten und so der SPD eine Stellung gegeben, die nach Aussage eines LDP-Politikers „als bedrohlich“ anzusehen ist. Selbst wenn wir den Rückgang der CDU einrechnen, erscheint uns Westdeutschen dieses Wort nicht gerechtfertigt. Der Wahl kam eine Bedeutung zu, die sie weit über die des Tages heraushebt. Denn ungenannt und ungehört stimmten Millionen Menschen der Ostzone und Osteuropas mit ab, die dieses Recht beraubt worden sind. Damit wird zu der Freude über den Wahlerfolg bei der SPD-Leitung das Gefühl einer großen Verpflichtung kommen, die sie nun einzulösen hat: sie muß sich des Vertrauens der Wähler — und derer, die nicht wählen durften, würdig erweisen. H. B.

# NEUESTE NACHRICHTEN

## Im Niemandsland

Bei den jüngsten Besprechungen der militärischen Führung der Westmächte wurde die Frage erörtert, ob das Halten einer Verteidigungslinie im Falle eines Krieges am Rhein oder erst an den Pyrenäen möglich sei. Es scheint sich also für uns Deutsche die Tatsache zu ergeben, daß man in den Kreisen der strategischen Führung der westlichen Welt über das besetzte Volk der Deutschen ohnehin viel Federlesens zur Tagesordnung übergeht und uns unserem Schicksal zu überlassen gedenkt.

Die psychologische Reaktion und die schwerwiegenden Folgen, die sich aus dieser unserer Lage ergeben müssen, sind befürchtungsvoll bedenklich und mögen in einer Welt, in der zu unserem Leidwesen noch immer die Macht und nicht das Recht zu herrschen scheinen, nicht beachtet werden. Um so mehr aber müssen wir in einer Situation, die uns drei Jahre nach dem Ende eines unerbittlichen Krieges bereits an den Abgrund eines neuen geführt hat, die Siegermächte auf ihre, in der Haager Landkriegsordnung eingetragenen Verpflichtungen gegenüber einem okkupierten Lande hinweisen.

Nach dieser von den westlichen Großmächten als verbindlich erklärten und anerkannten internationalen Vereinbarung übernimmt eine Siegermacht mit der Besetzung feindlichen Landes zugleich auch den Schutz desselben.

Aus dieser Verpflichtung ergibt sich logischerweise, daß eine Macht, die sich zu diesem Schutz des besetzten Landes aufstehend erklärt und nicht in der Lage ist, diesen Schutz zu gewährleisten, die moralische Berechtigung zur Okkupation verliert.

Nach den jüngsten Erklärungen des englischen Außenministers Bevin und anderer Politiker der westlichen Welt, fühlen sich deren Völker von der Militärmacht und dem Expansionsdrang der östlichen Großmacht bedroht, und als im politischen Vakuum des Vordfeldes gelegene Land nimmt diese Einstellung auch für sich in Anspruch. Es wirkt geradezu grotesk, wenn die Erörterung über die Pyrenäengrenze als der letzten Verteidigungslinie westlicher Kultur, und damit die Aufgabe Mitteleuropas, auch zeitlich zusammenfallen mit der Verkündung einer Charta der Menschenrechte im Rahmen der Pariser UN-Vollversammlung. In der Charta der Vereinten Nationen, welche die Grundlage bildet für diese Erklärungen, ist ausdrücklich bestimmt worden, daß auch die besetzten Völker in den Genuss dieser menschlichen und politischen Grundrechte kommen sollen, solange wir durch den Willen der Siegermächte von der Selbstbestimmung unserer Schicksals ausgeschlossen sind, haben wir nicht nur das moralische Recht, sondern auch die Pflicht, die uns besetzenden Mächte auf ihre damit nach internationalen Gesetzen feierlich eingegangenen Verpflichtungen hinzuweisen.

Wir wissen, daß sich die mächtigste Situation auf unserem Kontinent nicht von heute auf morgen verschleppen kann; und so müssen wir uns darauf besinnen, daß uns wenigstens der moralische Rechtsanspruch auf den Schutz unserer Lebensrechte anerkannt wird. Unseren Willen, zu welcher Art der politischen und sozialen Lebensform wir uns bekennen, haben wir kundzutun; der Kampf Berlins um seine Freiheit ist hierfür ein deutliches Beispiel.

Es ist nun an den westlichen Großmächten, in dieser ersten Stunde sich der Verpflichtungen zu erinnern, die sie mit unserer Okkupation eingegangen haben. Solange wir Deutschen uns selbst noch nicht aufgegeben haben — und der Freiheitskampf Berlins beweist diese Tatsache — haben wir ein Recht darauf, wenn schon nicht den effektiven, so doch den moralischen Schutz unserer westlichen Besatzungsmächte zu genießen.

Andernfalls müßten wir alle Anstrengungen zum Wiederaufbau Europas und alle Zusicherungen in dieser Hinsicht als ein Angelegenheit betrachten, die uns als Bewohner eines Niemandslandes nicht betrifft.

## Die „Prawda“ enthüllt

Der eine freie Meinungsäußerung gewohnte Leser westdemokratischer Zeitungen ist zutiefst betroffen, wenn er Einblick in die Sowjetpresse gewinnt. Was ihn geradezu ärszt, ist die unvergleichliche Uniformierung und Eintönigkeit der Sowjetzeitungen, deren Inhalt sich ausschließlich auf einen oft grotesken Byzantinismus und stets gleich-

bleibende ideologische Abhandlungen über bolschewistische Theorien beschränkt. Selbst für uns, die wir die Schule der Gleichschaltung durchmachen, ist es kaum vorstellbar, was dem sowjetischen Zeitungsleser täglich zumutet wird. Seit der Revolution 1917 sind die Spalten angefüllt mit Lobpreisungen des „großen Führers, geliebten Freundes und Lehrers Stalin“, mit Ergebenheitsadressen und Erfolgsmeldungen an ihn. Fast noch unerträglicher erscheinen die tausendfach durchgesehenen, über keinen Tatsachennachrichten unterbrochenen Theorien über die stets gleichbleibenden Themen.

Eine Erklärung für dieses Phänomen ist einfach. Es ist der Terror der Zentralkomitees der kommunistischen Partei, die mit Hilfe ihrer offiziellen Organe „Prawda“ sämtliche Zeitungen in der Sowjetunion zu der von der Partei befohlenen Meinungslenkung zwingt und die geringste Abweichung von der Geraden unmissverständlich öffentlich prangert. Über die Technik dieser Lenkungen wird in der Technik der Sowjetpresse hat sie mit unverhohlener Offenheit am 2. November in einem Leitartikel sich auslassen und mit erstaunlicher Unbedenklichkeit den Schleier über die Meinungsformung gelüftet. Im Artikel 123 der Sowjetverfassung wird den Werktätigen zwar die Pressefreiheit garantiert, aber auch dieses Grundrecht ist mit der Praxis ebenso wie die anderen Freiheiten nicht in Einklang zu bringen.

In dem genannten Leitartikel führt die „Prawda“ einen scharfen Angriff selbst des Zentralkomitees gegen die „Kalingradskaja Prawda“ und kritisiert deren Inhaltsgestaltung: „Das Zentralkomitee der Partei hat darauf hingewiesen, daß in der Propaganda des Marxismus-Leninismus die Presse, insbesondere die Tageszeitungen, sich als eine entscheidende Waffe zu erweisen hat. Das Zentralkomitee hat die Redaktionen der Rand- und Gebietszeitungen verpflichtet, systematisch Aufsätze über theoretische Fragen des Marxismus-Leninismus zu drucken. Leider tun dies viele Zeitungen sehr unregelmäßig. Von der Parteiloyalität wird verlangt, tief in die Fragen des Marxismus-Leninismus einzudringen. In diesen die Hälfte der Korrespondenz der „Kalingradskaja Prawda“ allgemeinen Phrasen gewidmet. Aus den Seiten der Zeitung spricht nicht die Stimme der politischen Schärfe, und das ist falsch. Die Zeitung hat ihre Seiten der Propaganda zur Verfügung zu stellen!“

Diese Rüge zeigt die Bevormundung der Presse, die über keine anderen Fragen als die des Marxismus-Leninismus schreiben darf. Berichterstattung an Hand von Tatsachen, die Abhandlung nichtmarxistischer Themen sind für die Sowjetpresse „allgemeine Phrasen“. Wer die Stellung der „Prawda“ kennt, weiß, daß diese Kritik an so hervorragender Stelle eine Anpreisung der „Prawda“ bedeutet, die zugleich als Warnung für alle Provinzzeitungen gedacht ist, ihre Seiten einer anderen Aufgabe als der der Propaganda zur Verfügung zu stellen. Im Lande der roten Diktatur weiß jeder, was hinter einer solchen öffentlichen Schelte steckt. Auch für die verantwortlichen Redakteure der „Kalingradskaja Prawda“ dürfte kein Zweifel darüber bestehen, welche Folgen ihre Unterlassungssünde im ideologischen Kampf des Bolschewismus für sie zeitigen werden. Der demokratischen Welt sagt er: „Das schmeckt nach vorgeschriebenem Rezept. Der Geschäftsführer ist beleidigt. Der Kuchenschaufelmann von Aschinger und sei so begehrte, daß man sich eine ganze Torte kaufte. Das ist was für Schieber“, meint die junge Frau nach einem Blick auf das Preischild. Eine Butzernetorte kostet heute fünf Mark.

## Württemberg-Hohenzollern-Wahl

Tübingen, 6. Dez. (Dena) Nach einem vorläufigen Endergebnis sämtlicher Kreise Württemberg-Hohenzollern entfielen bei der Wahlbeteiligung von 73,9% ohne Berücksichtigung des Kumulierens und Panaschierens auf die CDU 198.462, auf die SPD 73.401, auf die DVP 41.730, auf die KPD 19.201, auf die freien Listen 133.951 und auf sonstige 15.309 Stimmen.

Von 808 in Württemberg-Hohenzollern am Sonntag gewählten Bürgermeistern gehören 117 der CDU, 19 der SPD und 2 der DVP an, während 665 parteilos sind. Die KPD konnte keinen Bürgermeisteritz erringen. In 120 Fällen sind Neuwahlen erforderlich.

## Die „freien Läden“ Ost-Berlins

„Erst hat man uns in Werder unsere Äpfel weggenommen, und jetzt sollen wir 15 Mark fürs Kilo Äpfelums bezahlen“, sagt ein Mann in der Schlange. Das Gespräch drehte sich mit zunehmender „Läden“, die von der „Handelsorganisation“ im Berliner Ostsektor eingerichtet wurden. „Mal sehen, ob man's bezahlt“, meint ein Herr mit Akzentstange. In dem sagt der Kunde, hinter dem Verkäufer steht ein Schweinsohren, Äpfelums und Torten zu Schwarzmarktpreisen verkauft werden, brennen am hellen Mittag riesige Jupiterlampen. Die Verkäuferinnen trauern über die hohen Preise, und der Geschäftsführer betrachtet mit zufriedener Miene den Schub der Kaufkraft, der alle Viertelstunden ans Kuchenschiff geschleust wird.

Die Kunden sind nicht alle zufrieden. Eine junge Frau, die heißhungrig ein Stück Blätterteig beißt, das sie in drei Stücken für drei Ostmark erstanden hat, sagt enttäuscht: „Das schmeckt nach vorgeschriebenem Rezept. Der Geschäftsführer ist beleidigt. Der Kuchenschaufelmann von Aschinger und sei so begehrte, daß man sich eine ganze Torte kaufte. Das ist was für Schieber“, meint die junge Frau nach einem Blick auf das Preischild. Eine Butzernetorte kostet heute fünf Mark.

Gekauft werden vor allem Kunststoffe für den Weihnachtsmarkt und Kuchenbrot. Für ein Kilo Kunststoffzahl man 26 Mark. Ein halbes Pfund Bonbons kostet 10 Mark, ein halbes Pfund einfache Fondantbonbons 12 Mark. Die Käuferinnen, die aus dem „freien Laden“ kommen, sind mit ihren Köpfen die Seltzänger der Marelli-Cimarro-Truppe auf dem Hochseil balancieren. „Wenn ich doch ausbalancieren könnte“, seufzt eine Hausfrau und guckt in ihr leeres Portemonnaie.

Vor dem „freien Laden“ in der Frankfurter Allee, der Textilien, Schuhe und Haushaltsartikel verkauft, ist ein starkes Polizeiaufgebot eingesetzt. „Die Polizei

Als der Gegensatz West-Ost für Berlin zu negativen Folgen führte und die Stadt — gewiß ohne ihren Willen, denn sie hatte schon genug gelitten — unter Druck gesetzt wurde, als man anfing, ihre Bürger büßen zu lassen, was in den Verhandlungen der politischen Experten der Welt, machte nicht bereitigt werden konnte, die Blockade begann, die in Wirklichkeit keine sein sollte, sondern nur eine Notwehr-Aktion der angeblich durch die Währungsreform und den westlichen Separatismus in die Enge getriebenen östlichen Großmacht, als die Luftbrücke ihre gewiß erstaunliche Tragkraft bewies und die Berliner zwischen Skepsis und erhebender Genugtuung sich das seelische Gleichgewicht zu sichern suchten, als das alles und mehr noch mit uns, für uns, gegen, über und unter uns geschah, da wurde es im „Reich“ draußen Mode, über die Haltung der Berliner das Füllhorn des Lobes und der Bewunderung auszuschütten.

## Eingliederung?

Diese Flut der Panegyrik ist inzwischen verweht. Daß der Berliner stichhält, ist bereits Tatbestand und Requisite allgemein-politischer Betrachtungen geworden, in die man es stillschweigend einrechnet, ja, es gibt schon skeptische „Realpolitiker“, die den weltpolitischen Wert solcher demokratisch aufrechter Demonstration, wie sie Berlin täglich und stündlich zu zeigen sich bemüht, zu bezweifeln beginnen. Gelegentlich taucht in der West-Presse sogar die Frage auf, ob nicht doch die Eingliederung Berlins in die Ostzone ein entscheidendes Mittel gegen die Blockade sei. Die Bereinigung der großen, politischen Streitfragen zwischen Ost und West, soweit sie Deutschland und Europa betreffen, endlich tatkräftig anzubahnen. Dabei mag wohl für manche westlichen Politiker der störende Prospekt auf Berlin als zukünftige Hauptrolle spielen.

Als die Alliierten in ihren Vereinbarungen über die Besetzung Deutschlands Berlin durch die Vier-Sektoren-Teilung zu einer „Art von Kleinst-Deutschland“ machten, taten sie es ohne Frage in dem richtigen Instinkt, daß die Rolle Berlins als Hauptstadt eines zukünftigen deutschen Staates nicht zu einer andern Stadt anvertraut werden dürfe.

Es ist daher ein Fehler in der politischen Grundkonzeption der Russen, wenn sie immer wieder behaupten, die drei westlichen Mächte hätten durch ihre Spaltungstendenzen das Recht auf Mitverwaltung Berlins verwirkt. Berlin ge-

höre wirtschaftlich und politisch zur Ostzone, und diese unbestreitbare Tatsache gelte es endlich anzuerkennen.

Durch nichts widerlegen auch die Stützgebühren der Russen, die Leiter der SED, eindeutiger diese These als die Forderung, mit der sie in ihren Verfassungskonstruktionen Berlin als zukünftige Hauptstadt von Gesamt-Deutschland schon jetzt proklamieren. Ist es das nämlich, so muß es auch, solange der Friede noch nicht geschlossen ist, der Sitz aller vier Besatzungsmächte und ihrer Zentralorgane bleiben.

Alle Anordnungen und Befehle der SMA geschehen heute mit dem Fiktional, daß ganz Berlin der russischen Besatzungsmacht unterstehe und werden ebenso prompt und regelmäßig von den anderen Besatzungsbehörden als rechtswidrig ignoriert. Die facto können sie ja nur für den Ostsektor gelten.

Wenn aber Rußland Berlin für die Ostzone reklamiert, so bezeugt es damit nur, daß es mit dem Besitz der Hauptstadt zugleich seinen Anspruch auf ganz Deutschland anmeldet. Das wird nie direkt gesagt, aber es liegt in der Konsequenz für jeden, der die innersten Motive solchen Handelns durchschaut, offen zu Tage.

Schritt für Schritt versucht Rußland durch die Isolierung des Ostsektors, die es immer noch als die „Freie Zone“ angeseht, ungesetzlich-provozierender Handlungen der Westmächte darzustellen und sucht, sich auf diesem Umwege Berlins insgesamt zu bemächtigen und hofft zur Zeit den als Diplomaten verschleierte General Winter zum Bundesgenossen zu gewinnen.

## Ganz gemütlich!

Denken wir die Folge der Maßnahmen: Sie erstrecken sich auf alle Gebiete des öffentlichen und privaten Lebens, sie berühren jeden Berliner in seiner Existenz. Es ist nicht an dem, wie westliche Gazetten gelegentlich den nicht imponierenden Versuch, das Ostsektor durch die Berliner zu isolieren, oder will man etwa durch Umsiedlung des Problem lösen? Auch das wäre der politischen Verbotsfrist zuzutragen, die in blindem Trotz ihr Ziel, je ferner es ihr rückt, umso verbissener zu erreichen strebt, bis Verwirrung und Chaos so groß geworden sind, daß sie sich verbessern gegen die eigene Position kehren müssen.

Das Rumpmparlament, bestehend aus den drei demokratischen Parteien, ist bereits nach dem britischen Sektor abgewandert und tagt im Studentenhof der TH, gezwungen durch die demonstrativen Druckmittel der SED, die sich des Terrors der Gasse bedienen. Man wird dem Magistrat Aktionsunfähigkeit vor, die man doch eubrecht schuf, indem man ihn durch dauernde, angeblich zum Wohl der Stadt inszenierte Schikanen in seiner Tätigkeit lähmte. Man setzt Bürgermeister und Stadträte ab, weil sie ihre Amtsgewalt mißbraucht, ihre Pflichten nicht erfüllt, gegen ausdrückliche Befehle der SMA geklagt hätten; man ernannt Nachfolger, deren Machtbereich auf den Ostsektor beschränkt bleiben muß, aber für ganz Berlin beansprucht wird.

So hat man den gewählten, aber nicht bestätigten Oberbürgermeister Reuter seines Amtes als Dezernent für Verkehr und Versorgungsbedürfnisse entlassen und ihm im Ostsektor einen Nachfolger gesetzt in dem Moment, wo man sich anschiekt, die Verkehrseinheit Berlins endgültig zu vernichten. Das gleiche Schicksal hat den Dezernenten für Wirtschaft, Klingelhof, getroffen. Er wie Reuter gehören der SPD an.

## Gerichte

Schon geht das Gerücht, daß die Hauptverwaltungen der „Deutschen Wirtschaftskommission“ sich im innerdienstlichen Verkehr als Ministerien zu bezeichnen pflegen. Man tut bei all diesen verkehrten Maßnahmen einen Blick in die Geburtsblätter der zukünftigen, ostdeutschen Republik, die nicht zögern wird, sich unter Führung der SED und schweigender Duldung der andern Blockpartei den Ostsektor anzugliedern. Dann wäre die Spaltung Deutschlands definitiv, wenn nicht die Westsektoren wären, die man doch eubrecht der Stadt, die nicht gewillt ist, sich dieser totalpolitischen Fehlkonstruktion einer totalen Einheitsform zu fügen. Der Aufbau der Ostpolizei unter geschulten deutschen Generalen deutet ohne Frage auf das gleiche Ziel. Man liebäugelt mit dem Besitz von Gesamt-Deutschland.

Allein der Begriff der Freiheit als dem höchsten Gut der Einzelperson hat sich Dankbarkeit und Treue zu bewahren. Das wird sie auch dem scheidenden Landesbischof von Württemberg gegenüber immer und von ganzem Herzen tun.

## Sein Lebenslauf

Theophil Wurm, Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und Landesbischof von Württemberg, wurde am 7. Dezember 1868 als Sohn eines theologischen Lehrers am Missionshaus in Basel geboren. 1899 ging er als junger Pfarrer in die Sozialarbeit der Inneren Mission in Stuttgart, in deren Dienst er bis 1913 stand. Während des ersten Weltkrieges war er Stadtpfarrer in Ravensburg, später in Reutlingen. 1927 wurde er Prälat in Heilbronn, 1929 Kirchenpräsident der Württembergischen Landeskirche mit der späteren Amtsbezeichnung Landesbischof. Seine Teilnahme am öffentlichen Leben führte 1919 zu seiner Wahl in die zweite Kammer des Landesparlamentes Württembergs, 1920 wurde er Abgeordneter des Württembergischen Landtags. Als einer der entschiedensten Gegner des Nationalsozialismus gehörte er zu den kirchlichen Führern, die die Bekämpfung des Nazi-Systems gegen die Kirche konzentrierte. Der Kirchentag in Ulm 1934 war ein Signal zu dem von den Gegnern als „Wurm-Rebellion“ bezeichneten Kampf gegen das System. Wurm wurde verhaftet, aber wieder freigelassen. In der Folgezeit nahm er in zahlreichen Eingaben an Hitler, die Reichsregierung, Reichstathalter und andere Stellen gegen die Unterdrückung der Kirche, gegen die Judenverfolgung und gegen die Euthanasie Stellung. Seine Predigten, Hirtenbriefe und Proklamationen trugen zum Verbot von Hand zu Hand verbreitet. Seit 1941 war Wurm Führer des kirchlichen Einigungswerkes, das 1945 seinen vorläufigen Abschluß in der Konvention von Treysa fand. Er trat an die Spitze des Rates der EKD und for-

hen gegen die westsektoralen, illegalen Käufer der freien Spitzen der Agrarprodukte getrieben hat. Überall haben sich Schlagbäume und lebendige Sperren vor die Aus- und Einfallsstraßen verstopft. So kommt zu turbulenten Szenen, zu Prügeleien, und der Fall wird registriert, daß russische Soldaten den Berliner Ausflügler die mühsam eroberten, gefüllten Rucksäcke vor dem Zugriff deutscher Polizei haben in Sicherheit bringen helfen. Männer und Frauen scheuen sich nicht vor tätlicher Notwehr gegen die Maßnahmen der Anti-Hamster-Organisation in Uniform.

Man muß es erlebt haben, wie gelegentlich im offenen S-Bahn-Abteil der Volkzorn sich rhetorisch Luft macht, um zu wissen, wie der Berliner denkt. Selbst der skeptische Beobachter steht manchmal betroffen vor der Geduld, mit der die Berliner alle Schikanen ertragen und durch unerschütterliche, passive Resistenz unwirksam zu machen verstehen.

Wesetzleistungen werden im Ostsektor verboten, von einem Tag zum andern verschwindet die gedruckte Kontabende aus den Zeitungsständen. Aber S-, Ring- und U-Bahn fahren durch alle Sektoren, ohne daß die unsichtbare Grenze sie zum Verstummen zwingt. Die Fahrgäste lesen Ost- und Westzeitungen in bunter Folge. Welche Polizeimacht wäre imstande, den politischen Stoffwechsel, der sich hier vollzieht, wirksam zu kontrollieren oder gar zu stoppen? Weder Barrieren noch Schrankenhäuser — bereits für die innersektoralen Grenzen in Auftrag gegeben — verhindern diesen Prozeß und die aus ihm folgende Diskussion und Klärung zu hindern vermögen.

Täglich und stündlich fluten tausende und abertausende, beruflich genötigt, über die Grenzen und der als letzte Maßnahme angeordnete Versuch, den Ostsektor durch einen polizeilichen Sonderausweis für seine Bewohner zu isolieren, den Wagnispark der S- und Ringbahn nach Osten zu verfrachten und die Westsektoren zu verkehrstechnisch auszutümpeln, muß ein jeder an der Tatsache scheitern, daß Arbeits- und Wohnplätze für hundertausende in verschiedenen Sektoren liegen. Oder will man etwa durch Umsiedlung des Problem lösen? Auch das wäre der politischen Verbotsfrist zuzutragen, die in blindem Trotz ihr Ziel, je ferner es ihr rückt, umso verbissener zu erreichen strebt, bis Verwirrung und Chaos so groß geworden sind, daß sie sich verbessern gegen die eigene Position kehren müssen.

Das Rumpmparlament, bestehend aus den drei demokratischen Parteien, ist bereits nach dem britischen Sektor abgewandert und tagt im Studentenhof der TH, gezwungen durch die demonstrativen Druckmittel der SED, die sich des Terrors der Gasse bedienen. Man wird dem Magistrat Aktionsunfähigkeit vor, die man doch eubrecht schuf, indem man ihn durch dauernde, angeblich zum Wohl der Stadt inszenierte Schikanen in seiner Tätigkeit lähmte. Man setzt Bürgermeister und Stadträte ab, weil sie ihre Amtsgewalt mißbraucht, ihre Pflichten nicht erfüllt, gegen ausdrückliche Befehle der SMA geklagt hätten; man ernannt Nachfolger, deren Machtbereich auf den Ostsektor beschränkt bleiben muß, aber für ganz Berlin beansprucht wird.

So hat man den gewählten, aber nicht bestätigten Oberbürgermeister Reuter seines Amtes als Dezernent für Verkehr und Versorgungsbedürfnisse entlassen und ihm im Ostsektor einen Nachfolger gesetzt in dem Moment, wo man sich anschiekt, die Verkehrseinheit Berlins endgültig zu vernichten. Das gleiche Schicksal hat den Dezernenten für Wirtschaft, Klingelhof, getroffen. Er wie Reuter gehören der SPD an.

## Kein Zurück!

Hier gibt es kein Zurück. Die westlichen Alliierten sind mit dem Schicksal Berlins auf Gedeih und Verderb verbunden. Sie wären es auch dann, wenn etwa eine Not-Situation sie zur Aufgabe der Stadt nötigte. Sie müßten sie, um ihre westpolitische Position zu retten, am Ende unter erschwerenden Bedingungen doch wieder erobern. Es ist nicht nur moralisch notwendig, es ist auch politisch klug, dieses Faustpfand zu halten und den Berliner seinen Lebensrecht zu geben, das sie nicht müde werden durch ihre standhafte Haltung stets von neuem zu bestätigen.

Die zunehmende geistige Abdröselung der Humboldt-Universität, ihre einseitige Ausrichtung auf die marxistische Doktrin, hat zur Gründung der „Freien Universität“ geführt, die seit dem 15. November in aller Stille ihre Vorlesungen begonnen hat. Bedeutende Professoren der Stamm-Universität sind zu ihr abgewandert, die Zahl der angemeldeten Studenten übersteigt weit die Möglichkeit der Immatrikulation. Von allen Demonstrationen der Berliner für die Freiheit ist diese die lautloseste, aber auch eindringlichste gewesen. Die Erneuerung Preußens, die, wahrhaft freiheitliche Regelung in diesem Autoritätsstaat, begann 1819 mit der Gründung der Berliner Universität unter dem Rektorat W. v. Humboldts. Möchte die Gründung der „Freien Universität“ ein nicht minder bedeutsames Kapitel der Abkehr von moralischer, geistiger und politischer Unfreiheit und doktrinarer Zukunftsbrüderlichkeit werden. Dem freien Kopf das freie Recht! Für seine Freiheit wird er einsetzen, wenn sie die Erfüllung seines autonomen Willens sein darf.

Am 5. Dezember Berlin wählt, so mag dies manchem mehr eine Demonstration als eine vollbrachte Wahl erscheinen. Als politischer Akt ist sie gleichwohl von entscheidender Bedeutung geworden. Es ist ja schon ein Sieg, daß man dem Beherrschern des Ostsektors verbot zu wählen und sie hinter Schlagbäumen zum Pferchdasein einer Herde zu degradieren suchte.

Westdeutschland aber soll sich durch die lange Dauer des Kampfes, den Berlin führt, nicht einhüllen lassen in dem Bewußtsein, daß die Berliner ja doch nur, was sie als ungewolltes Schicksal ihnen auferbuden. Man kann in Zwänge als ergebene, schweigende, willenslose Opfer sich fügen, Berlin aber ergibt sich nicht, schweigt nicht und gibt seinen freien Willen nicht preis. Deutschland soll Berlin nicht bewundern; es soll seine geschichtliche Aufgabe erkennen und danach für sich die notwendigen Schlüsse ziehen. Denn nur in Berlin wird heute wirklich auch um die zukünftige Einheit Deutschlands gerungen.

## Schweizer in Frankfurt

Zum Abschluß einer siebenstägigen Reise durch Westdeutschland trafen neulich 30 Schweizer Journalisten mit deutschen Pressevertretern zusammen, denen sie über ihre Eindrücke berichteten. Auf der Fahrt durch Westdeutschland beeindruckte die Schweizer in erster Linie das Ausmaß der Zerstörungen der deutschen Großstädte. Wie Jean Seitz, Redakteur der „Gazette de Lausanne“ in einer kurzen Ansprache hervorhob, empfanden es jedoch seine Kollegen und er als ein Symbol, daß inmitten des Kölner Trümmerfeldes der Dom erhalten geblieben sei. Ihr zweitstärkster Eindruck sei der Arbeits- und Aufbauwille des deutschen Volkes gewesen. Dagegen bedauerte Dr. Walter Weber von der Schweizer Delegation, kein politisches waches Interesse in Deutschland angetroffen zu haben. (Dena)

## Landesbischof Wurm zum 80. Geburtstag

Von Bischof D. Dibelius (Berlin)

Am 7. Dezember vollendet D. Theophil Wurm, sein 80. Lebensjahr. Er vollendet es recht eigentlich im Kampfe Berlins um seinen Wirkungskreis. Denn in seinem Leben ist gerade das achte Jahrzehnt, in dem die Lebensleistung gemeinhin abzustempeln pflegt, das bedeutendste und fruchtbarste gewesen.

D. Wurm war schon 30 Jahre alt, als er nach der Revolution von 1918 über die normale Tätigkeit eines schwäbischen Stadtpfarrers hinauswuchs. Er wurde in den Württembergischen Landtag gewählt und dann auch in die obersten Synoden der Kirche berufen. Zehn Jahre später war er Prälat und trat dann im Jahre 1929 als 61jähriger an die Spitze seiner Württembergischen Kirche zunächst mit der Bezeichnung Kirchenpräsident, dann als Landesbischof.

Außerlich schlicht und anspruchslos, ist D. Wurm ein Mann nach dem Herzen seiner kirchentreuen Schwaben. Er wohnte noch als Landesbischof drei Treppen hoch in einem Mietshaus, bis die Zerstörung Stuttgarts ihn von dort vertrieb. Biblisch tief begründet, fern von jeder theologischen Engherzigkeit, verlegnete er es nie, daß er aus dem Missionshaus in Basel stammte, an dem sein Vater theologischer Lehrer gewesen war. In Basel fragte man damals nicht danach, ob jemand lutherisch oder reformiert sei, und die Bekenntnisschriften des 16. Jahrhunderts erfreuen sich dort keiner besonderen Pflege. Man sah nur darauf, daß der Pastor ein Christ nach dem Herzen Gottes sei, „mit einem Tropfen pietistischen Öls gesalbt“, wie die Theologen zu sagen pflegten, und das war D. Wurm, ebenso wie sein Vater. Eine lebhaftige Natur, die alles, was in der Welt

## Landesbischof Wurm zum 80. Geburtstag

Von Bischof D. Dibelius (Berlin)

vorging, aufgeschlossen und verantwortungsfreudig umfaßte, ein Mann mit gesundem Humor, voll frischer Initiative und voll echter innerer Unabhängigkeit —

Zusammen mit dem bayerischen Landesbischof Meiser stand er im Herbst 1934, als die evangelische Kirche rücksichtslos gleichgeschaltet werden sollte, wie ein Fels in der Brandung. Es wird in der Geschichte der evangelischen Kirche immer eine denkwürdige Erinnerung bleiben, wie diese beiden Landesbischofe von „Reichsbischof“ abgesetzt in ihren Wohnungen gefangen gehalten, von der leidenschaftlichen Anteilnahme ihrer Gemeinden getragen, ausharteten, bis Hitler endlich begriff, daß der Widerstand einer Kirche mit solchen Mitteln nicht zu brechen sei, und darum den Kampf abbrach — das einzige Mal, daß sich der nationalsozialistische Staat in aller Öffentlichkeit für besieg erklärt mußte.

Und dann wurde D. Wurm mehr und mehr der eigentliche Sprecher der Bekennenden Kirche. Als Landesbischof für den äußeren Bestand seiner Kirche verantwortlich, war er in seinem Handeln nicht so frei wie mancher Pfarrer, der nur sein Pfarramt zu verwalten hatte oder aber längst aus allen Ämtern und Äußerer Verantwortung herausgedrängt worden war. Andererseits aber gab ihm diese Stellung an der Spitze einer der größten und lebendigsten Landeskirchen Deutschlands allem, was er sagte und tat, besonderes Gewicht. So wurde er zum Repräsentanten der Evangelischen Kirche Deutschlands und darüber hinaus zum Wortführer aller derer, die dem Nationalsozialismus widerstanden und doch die Möglichkeit nicht hatten, in der Öffentlich-

## An grauen Tagen — an langen Abenden —

hört da nicht jeder gern Radio und versucht, das Schönste und Interessanteste aus der Sendewelt einzufangen? Aber kein langes Suchen nach dem „richtigen“ Programm mehr! Man abonniert jetzt die „Süddeutsche Funkwoche“ so billig, wie es sonst althergebrachte reich illustriert und bringt neben dem Programm der wichtigsten Sender den spannenden Roman und alles Wissenswerte aus der Funkwelt. Bestellen Sie für monatlich DM 1.— die „Süddeutsche Funkwoche“ beim Postamt oder Ihrer Zeitungsfrau.

## IRO sucht Vermißte

Neubauer Lilli, Technisch, geb. 1914 in Marburg, letzter Wohnort: Marburg, Ungarn; Neubauer Margit, Technisch, geb. 1920 in Marburg, letzte Nachricht 1944 aus Marburg; Neubauer Margot, Deutsche, geb. Hünzler, 30 Jahre alt, in Köln, im Oktober 1943 von Berlin nach Polen deportiert; Neuda-Haipern Lili, Österreichin, letzte Nachricht aus Wien, Heistergasse 10; Neubauer Irma, Österreichin, geb. Finkler, geb. 2. April 1923, wurde 1945 von Wien in ein KZ deportiert.

## Am grauen Tagen — an langen Abenden —

hört da nicht jeder gern Radio und versucht, das Schönste und Interessanteste aus der Sendewelt einzufangen? Aber kein langes Suchen nach dem „richtigen“ Programm mehr! Man abonniert jetzt die „Süddeutsche Funkwoche“ so billig, wie es sonst althergebrachte reich illustriert und bringt neben dem Programm der wichtigsten Sender den spannenden Roman und alles Wissenswerte aus der Funkwelt. Bestellen Sie für monatlich DM 1.— die „Süddeutsche Funkwoche“ beim Postamt oder Ihrer Zeitungsfrau.

## IRO sucht Vermißte

Neubauer Lilli, Technisch, geb. 1914 in Marburg, letzter Wohnort: Marburg, Ungarn; Neubauer Margit, Technisch, geb. 1920 in Marburg, letzte Nachricht 1944 aus Marburg; Neubauer Margot, Deutsche, geb. Hünzler, 30 Jahre alt, in Köln, im Oktober 1943 von Berlin nach Polen deportiert; Neuda-Haipern Lili, Österreichin, letzte Nachricht aus Wien, Heistergasse 10; Neubauer Irma, Österreichin, geb. Finkler, geb. 2. April 1923, wurde 1945 von Wien in ein KZ deportiert.

## Am grauen Tagen — an langen Abenden —

hört da nicht jeder gern Radio und versucht, das Schönste und Interessanteste aus der Sendewelt einzufangen? Aber kein langes Suchen nach dem „richtigen“ Programm mehr! Man abonniert jetzt die „Süddeutsche Funkwoche“ so billig, wie es sonst althergebrachte reich illustriert und bringt neben dem Programm der wichtigsten Sender den spannenden Roman und alles Wissenswerte aus der Funkwelt. Bestellen Sie für monatlich DM 1.— die „Süddeutsche Funkwoche“ beim Postamt oder Ihrer Zeitungsfrau.

## IRO sucht Vermißte

Neubauer Lilli, Technisch, geb. 1914 in Marburg, letzter Wohnort: Marburg, Ungarn; Neubauer Margit, Technisch, geb. 1920 in Marburg, letzte Nachricht 1944 aus Marburg; Neubauer Margot, Deutsche, geb. Hünzler, 30 Jahre alt, in Köln, im Oktober 1943 von Berlin nach Polen deportiert; Neuda-Haipern Lili, Österreichin, letzte Nachricht aus Wien, Heistergasse 10; Neubauer Irma, Österreichin, geb. Finkler, geb. 2. April 1923, wurde 1945 von Wien in ein KZ deportiert.

## Am grauen Tagen — an langen Abenden —

hört da nicht jeder gern Radio und versucht, das Schönste und Interessanteste aus der Sendewelt einzufangen? Aber kein langes Suchen nach dem „richtigen“ Programm mehr! Man abonniert jetzt die „Süddeutsche Funkwoche“ so billig, wie es sonst althergebrachte reich illustriert und bringt neben dem Programm der wichtigsten Sender den spannenden Roman und alles Wissenswerte aus der Funkwelt. Bestellen Sie für monatlich DM 1.— die „Süddeutsche Funkwoche“ beim Postamt oder Ihrer Zeitungsfrau.

## Landesbischof Wurm zum 80. Geburtstag

Von Bischof D. Dibelius (Berlin)

Am 7. Dezember vollendet D. Theophil Wurm, sein 80. Lebensjahr. Er vollendet es recht eigentlich im Kampfe Berlins um seinen Wirkungskreis. Denn in seinem Leben ist gerade das achte Jahrzehnt, in dem die Lebensleistung gemeinhin abzustempeln pflegt, das bedeutendste und fruchtbarste gewesen.

D. Wurm war schon 30 Jahre alt, als er nach der Revolution von 1918 über die normale Tätigkeit eines schwäbischen Stadtpfarrers hinauswuchs. Er wurde in den Württembergischen Landtag gewählt und dann auch in die obersten Synoden der Kirche berufen. Zehn Jahre später war er Prälat und trat dann im Jahre 1929 als 61jähriger an die Spitze seiner Württembergischen Kirche zunächst mit der Bezeichnung Kirchenpräsident, dann als Landesbischof.

Außerlich schlicht und anspruchslos, ist D. Wurm ein Mann nach dem Herzen seiner kirchentreuen Schwaben. Er wohnte noch als Landesbischof drei Treppen hoch in einem Mietshaus, bis die Zerstörung Stuttgarts ihn von dort vertrieb. Biblisch tief begründet, fern von jeder theologischen Engherzigkeit, verlegnete er es nie, daß er aus dem Missionshaus in Basel stammte, an dem sein Vater theologischer Lehrer gewesen war. In Basel fragte man damals nicht danach, ob jemand lutherisch oder reformiert sei, und die Bekenntnisschriften des 16. Jahrhunderts erfreuen sich dort keiner besonderen Pflege. Man sah nur darauf, daß der Pastor ein Christ nach dem Herzen Gottes sei, „mit einem Tropfen pietistischen Öls gesalbt“, wie die Theologen zu sagen pflegten, und das war D. Wurm, ebenso wie sein Vater. Eine lebhaftige Natur, die alles, was in der Welt

## Landesbischof Wurm zum 80. Geburtstag

Von Bischof D. Dibelius (Berlin)

vorging, aufgeschlossen und verantwortungsfreudig umfaßte, ein Mann mit gesundem Humor, voll frischer Initiative und voll echter innerer Unabhängigkeit —

Zusammen mit dem bayerischen Landesbischof Meiser stand er im Herbst 1934, als die evangelische Kirche rücksichtslos gleichgeschaltet werden sollte, wie ein Fels in der Brandung. Es wird in der Geschichte der evangelischen Kirche immer eine denkwürdige Erinnerung bleiben, wie diese beiden Landesbischofe von „Reichsbischof“ abgesetzt in ihren Wohnungen gefangen gehalten, von der leidenschaftlichen Anteilnahme ihrer Gemeinden getragen, ausharteten, bis Hitler endlich begriff, daß der Widerstand einer Kirche mit solchen Mitteln nicht zu brechen sei, und darum den Kampf abbrach — das einzige Mal, daß sich der nationalsozialistische Staat in aller Öffentlichkeit für besieg erklärt mußte.

Und dann wurde D. Wurm mehr und mehr der eigentliche Sprecher der Bekennenden Kirche. Als Landesbischof für den äußeren Bestand seiner Kirche verantwortlich, war er in seinem Handeln nicht so frei wie mancher Pfarrer, der nur sein Pfarramt zu verwalten hatte oder aber längst aus allen Ämtern und Äußerer Verantwortung herausgedrängt worden war. Andererseits aber gab ihm diese Stellung an der Spitze einer der größten und lebendigsten Landeskirchen Deutschlands allem, was er sagte und tat, besonderes Gewicht. So wurde er zum Repräsentanten der Evangelischen Kirche Deutschlands und darüber hinaus zum Wortführer aller derer, die dem Nationalsozialismus widerstanden und doch die Möglichkeit nicht hatten, in der Öffentlich-

## An grauen Tagen — an langen Abenden —

hört da nicht jeder gern Radio und versucht, das Schönste und Interessanteste aus der Sendewelt einzufangen? Aber kein langes Suchen nach dem „richtigen“ Programm mehr! Man abonniert jetzt die „Süddeutsche Funkwoche“ so billig, wie es sonst althergebrachte reich illustriert und bringt neben dem Programm der wichtigsten Sender den spannenden Roman und alles Wissenswerte aus der Funkwelt. Bestellen Sie für monatlich DM 1.— die „Süddeutsche Funkwoche“ beim Postamt oder Ihrer Zeitungsfrau.

## IRO sucht Vermißte

Neubauer Lilli, Technisch, geb. 1914 in Marburg, letzter Wohnort: Marburg, Ungarn; Neubauer Margit, Technisch, geb. 1920 in Marburg, letzte Nachricht 1944 aus Marburg; Neubauer Margot, Deutsche, geb. Hünzler, 30 Jahre alt, in Köln, im Oktober 1943 von Berlin nach Polen deportiert; Neuda-Haipern Lili, Österreichin, letzte Nachricht aus Wien, Heistergasse 10; Neubauer Irma, Österreichin, geb. Finkler, geb. 2. April 1923, wurde 1945 von Wien in ein KZ deportiert.

## Am grauen Tagen — an langen Abenden —

hört da nicht jeder gern Radio und versucht, das Schönste und Interessanteste aus der Sendewelt einzufangen? Aber kein langes Suchen nach dem „richtigen“ Programm mehr! Man abonniert jetzt die „Süddeutsche Funkwoche“ so billig, wie es sonst althergebrachte reich illustriert und bringt neben dem Programm der wichtigsten Sender den spannenden Roman und alles Wissenswerte aus der Funkwelt. Bestellen Sie für monatlich DM 1.— die „Süddeutsche Funkwoche“ beim Postamt oder Ihrer Zeitungsfrau.

## IRO sucht Vermißte

Neubauer Lilli, Technisch, geb. 1914 in Marburg, letzter Wohnort: Marburg, Ungarn; Neubauer Margit, Technisch, geb. 1920 in Marburg, letzte Nachricht 1944 aus Marburg; Neubauer Margot, Deutsche, geb. Hünzler, 30 Jahre alt, in Köln, im Oktober 1943 von Berlin nach Polen deportiert; Neuda-Haipern Lili, Österreichin, letzte Nachricht aus Wien, Heistergasse 10; Neubauer Irma, Österreichin, geb. Finkler, geb. 2. April 1923, wurde 1945 von Wien in ein KZ deportiert.

## Am grauen Tagen — an langen Abenden —

hört da nicht jeder gern Radio und versucht, das Schönste und Interessanteste aus der Sendewelt einzufangen? Aber kein langes Suchen nach dem „richtigen“ Programm mehr! Man abonniert jetzt die „Süddeutsche Funkwoche“ so billig, wie es sonst althergebrachte reich illustriert und bringt neben dem Programm der wichtigsten Sender den spannenden Roman und alles Wissenswerte aus der Funkwelt. Bestellen Sie für monatlich DM 1.— die „Süddeutsche Funkwoche“ beim Postamt oder Ihrer Zeitungsfrau.

## Landesbischof Wurm zum 80. Geburtstag

Von Bischof D. Dibelius (Berlin)

Am 7. Dezember vollendet D. Theophil Wurm, sein 80. Lebensjahr. Er vollendet es recht eigentlich im Kampfe Berlins um seinen Wirkungskreis. Denn in seinem Leben ist gerade das achte Jahrzehnt, in dem die Lebensleistung gemeinhin abzustempeln pflegt, das bedeutendste und fruchtbarste gewesen.

D. Wurm war schon 30 Jahre alt, als er nach der Revolution von 1918 über die normale Tätigkeit eines schwäbischen Stadtpfarrers hinauswuchs. Er wurde in den Württembergischen Landtag gewählt und dann auch in die obersten Synoden der Kirche berufen. Zehn Jahre später war er Prälat und trat dann im Jahre 1929 als 61jähriger an die Spitze seiner Württembergischen Kirche zunächst mit der Bezeichnung Kirchenpräsident, dann als Landesbischof.

Außerlich schlicht und anspruchslos, ist D. Wurm ein Mann nach dem Herzen seiner kirchentreuen Schwaben. Er wohnte noch als Landesbischof drei Treppen hoch in einem Mietshaus, bis die Zerstörung Stuttgarts ihn von dort vertrieb. Biblisch tief begründet, fern von jeder theologischen Engherzigkeit, verlegnete er es nie, daß er aus dem Missionshaus in Basel stammte, an dem sein Vater theologischer Lehrer gewesen war. In Basel fragte man damals nicht danach, ob jemand lutherisch oder reformiert sei, und die Bekenntnisschriften







